



Geschäftsbericht 2009

Jahresabschluss und Lagebericht

Inhalt

1	Lagebericht	5
1.1	Allgemeines	5
1.2	Geschäftsverlauf	6
1.2.1	Bestandsentwicklung	6
1.2.2	Kapitalanlagen	7
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	8
1.2.4	Überschuss	8
1.2.5	Solvabilität	8
1.3	Überschussverwendung	9
1.4	Geschäftsorganisation und Risikomanagement	9
1.5	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	10
1.6	Ausblick	11
2	Jahresabschluss	12
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009	12
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009	14
3	Anhang	16
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2009	17
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009	25
3.3	Weitere Angaben	28
4	Anlage zum Lagebericht	30
5	Anlage zum Anhang	33
6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	36
7	Bericht des Aufsichtsrates	37
8	Organe	39

1 LAGEBERICHT

1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden:

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (Berufsangehörige), die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (berufsständische Arbeitgeber), wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Der Wirkungsbereich wurde im Jahr 2009 durch die Einführung des § 2 Absatz 3 der Satzung erweitert. Als außerordentliche Mitglieder können demnach aufgenommen werden:

- Personen, die nicht zum Kreis der Berufsangehörigen gehören, wenn sie bei einem berufsständischen Arbeitgeber in dem obigen Sinne beschäftigt sind und für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Arbeitgeber, die nicht zum Kreis der berufsständischen Arbeitgeber gehören,
 - wenn sie Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Berufsangehörige abschließen oder
 - wenn sie eine bestehende Versicherung fortsetzen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Die aktuellen Rententariife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Die Versicherungen können zur privaten Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, oder zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen werden. In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisversorgung“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann auch eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden.

Zur privaten Risikovorsorge bieten wir eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung und eine Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. ist sie bereits seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse (§ 118b Abs. 6 VAG). Ihre Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Für das Neugeschäft gelten Tarife mit einem Rechnungszins von 2,25 %. Damit beachten wir den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszins. Unsere aktuellen Rententariife sind mit den Sterbetafeln DAV 2004 R kalkuliert.

Zum 1. Januar 2008 war das neue Versicherungsvertragsgesetz (VVG) in Kraft getreten und ist seitdem bereits für Neuverträge maßgeblich. Seit dem 1. Januar 2009 ist das neue Recht in Verbindung mit den Übergangsvorschriften auch für die bis zum 31. Dezember 2007 abgeschlossenen Versicherungsverträge anzuwenden.

Das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs führte ab dem 1. September 2009 die interne Teilung als Regelfall ein. Das bedeutet, dass im Scheidungsfall jedes Anrecht der Ehegatten auf eine Versorgung grundsätzlich im Versorgungssystem des jeweils ausgleichspflichtigen Ehegatten geteilt wird. Der ausgleichsberechtigte Ehegatte erhält dabei einen eigenen Anspruch auf eine Versorgung bei dem Versorgungsträger des ausgleichspflichtigen Ehegatten. Die hierfür notwendige Satzungsänderung wurde ebenfalls im Jahr 2009 vorgenommen (§ 2 Absatz 3 Buchstabe d der Satzung).

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Bestandsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2009 beruhte der Neuzugang an Versicherungen überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisversorgung“.

Der Neuzugang wirkte sich auf den Versicherungsbestand aus. Zum 31. Dezember 2009 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 896.511.238,48 €. Das bedeutete eine Steigerung um 0,7 % (im Vorjahr 0,6 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich auf 33.276.368,83 €, d.h. um 0,5 % (nach einem Anstieg um 0,4 % im Vorjahr).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 28.009.187,41 € betragen (im Vorjahr 23.913.188,06 €). Die Veränderung beruhte auf dem weiteren Zugang an Altersrentnern und auf gestiegenen Kapitalabfindungen.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 34.296.810,00 € (im Vorjahr 36.802.783,00 €). Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 8.670.249,00 € auf die Verstärkung zum Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen (im Vorjahr 7.819.975,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 757.093.520,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 34.173.934,48 € oder 4,6 % auf 774.916.189,20 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 35.695.732,30 € gegenüber 31.219.912,69 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 1.992.807,32 € (im Vorjahr 1.771.083,25 €).

Die Nettoverzinsung erhöhte sich auf 4,45 % (im Vorjahr 4,06 %).

Zu der höheren Nettoverzinsung hat eine Erholung der Kurse bei den Aktienanlagen in den Investmentfonds beigetragen, so dass aus den Investmentfonds höhere Ausschüttungen als im Vorjahr erfolgten. Außerdem konnten wir – vor allem durch Verkäufe von festverzinslichen Wertpapieren mit kürzeren Restlaufzeiten – Abgangsgewinne von 2.060.471,43 € realisieren. Dagegen war aufgrund der Entwicklung der Verkehrswerte bei den Immobilien eine außerplanmäßige Abschreibung von 469.096,01 € erforderlich, die in den Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten ist. Dies konnten wir jedoch im Zinsergebnis schon durch einen Teil der Abgangsgewinne kompensieren.

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt insgesamt 777.491.318,37 €. Die Zusammensetzung ist im Anhang angegeben.

Für die gesamten Kapitalanlagen, einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 2.575.129,17 € an stillen Reserven (nach Saldierung mit den stillen Lasten); dies entspricht 0,33 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen.

Die stillen Reserven resultieren aus den höheren Zeitwerten. Dies ist Folge der allgemeinen Kapitalmarktentwicklungen.

Aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB bestehen stille Lasten in Höhe von 3.321.734,00 €. Dem stehen stille Reserven von 9.845.245,22 € bei den so bewerteten Wertpapieren gegenüber (Aktiva B II 1 und 2).

Aufgrund der hohen Qualität unserer Kapitalanlagen waren keine Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken erforderlich. Die stillen Lasten der festverzinslichen Kapitalanlagen können als nicht dauerhaft angesehen werden, weil diese Kapitalanlagen mit hoher Sicherheit bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Lediglich bei einigen Wertpapieren haben wir außerplanmäßige Abschreibungen auf den Nennwert bzw. einen höheren Zeitwert vorgenommen, wenn der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher war. Diese Abschreibungen von insgesamt 89.800,00 € sind auf die Entwicklung der Marktkurse zurückzuführen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist sowohl nach den Bilanzwerten als auch nach den Zeitwerten gegeben.

1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.550.178,18 € (im Vorjahr 1.418.117,23 €). Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,66 % (im Vorjahr 4,24 %) der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 718.066,72 € entsprechen 2,16 % der gebuchten Bruttobeiträge (im Vorjahr 2,16 %). Der Anstieg der Brutto-Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus zusätzlichen Abschlussaufwendungen zur Werbung und zur Information über die Erweiterung des satzungsmäßigen Wirkungsbereichs.

1.2.4 Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres ergab sich im Wesentlichen aus dem Zinsergebnis sowie aus dem Risikoergebnis und aus dem Kostenergebnis. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten wir zusätzliche Erträge erzielen.

Weiterhin war es notwendig, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war der Überschuss für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein Überschuss von 3.334.228,80 € (im Vorjahr 1.175.476,95 €) erzielt. Hiervon wurden 600.000,00 € der Verlustrücklage und 2.734.228,80 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

1.2.5 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, und das eingezahlte Nachrangkapital heranziehen.

Für das Nachrangkapital hatte die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Jahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung erfüllt die Solvabilitätsvorschriften.

1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.960.959,63 € entnommen. Davon entfallen 1.224.788,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 691.605,18 € sowie um Überschussanteile von 44.566,45 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2009 auf 18.988.556,02 € (im Vorjahr 18.215.286,85 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

1.4 Geschäftsorganisation und Risikomanagement

Versicherungsunternehmen müssen gemäß § 64a VAG über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die neben einer dem Geschäftsbetrieb angemessenen ordnungsgemäßen Verwaltung und Buchhaltung insbesondere ein angemessenes Risikomanagement voraussetzt. Das Risikomanagement erfordert die Entwicklung einer auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmten Risikostrategie, aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen, die Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems sowie eine interne Revision. Diese aufsichtsgesetzlichen Regelungen sind zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die Aufsichtsbehörde hat dann im Januar 2009 mit dem Rundschreiben 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ diese Regelungen konkretisiert.

Wir haben uns bereits eingehend im Jahr 2008 mit den gesetzlichen Anforderungen befasst und unsere Risikostrategie weiterentwickelt. Die Aufbauorganisation wurde angepasst und die Funktion einer internen Revision eingeführt. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme sind in das Risikomanagement einbezogen worden. Dies gilt auch für die versicherungsmathematischen Analysen zum Risikoverlauf und zu den Rechnungsgrundlagen.

Im Geschäftsjahr 2009 sind weitere Maßnahmen zum Risikocontrolling für den Bereich der Kapitalanlagen umgesetzt worden, indem zur laufenden Unterstützung des Risikomanagements ein Dienstleistungsvertrag mit einer qualifizierten Kapitalanlagegesellschaft geschlossen wurde. Es ist eine aktualisierte Studie zum Asset-Liability-Management (ALM-Studie) erstellt worden, die wir zur Steuerung der Kapitalanlagepolitik nutzten. Unser internes Steuerungs- und Kontrollsystem haben wir hinsichtlich der MaRisk VA weiterentwickelt. Für die Durchführung der internen Revision haben wir einen Funktionsausgliederungsvertrag mit der Susat GmbH geschlossen.

1.5 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere **Risiken** im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationalen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken mit einem angemessenen Risikomanagement.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir analysieren die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt, wobei der Rechnungszins von 3,5 % unverändert bleibt. Durch Vergleichsrechnungen mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % wird geprüft, ob der erreichte Stand der Verstärkungen zum Bilanzstichtag als ausreichend angesehen werden kann. In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, werden weitere Anpassungen der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss. Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Der Aktienanteil innerhalb der vorhandenen Investmentfonds betrug zum Bilanzstichtag 1,0 % der gesamten Kapitalanlagen (im Vorjahr 1,2 %). Im Direktbestand halten wir keine Aktienanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Mischung und Streuung. Bei Neuanlagen investieren wir regelmäßig in längere Laufzeiten. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass der garantierte Rechnungszins dauerhaft erreicht wird. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Den operationalen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

Die **Chancen** der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die steuerlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisversorgung“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen. In der betrieblichen Altersversorgung ist die Entgeltumwandlung durch die Fortsetzung der Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung weiterhin lukrativ für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner. Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Von den Sparbeiträgen werden keine Anteile für Provisionen verbraucht, sondern sie fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

Durch die Erweiterung des satzungsmäßigen Wirkungsbereichs können wir nun allen Mitarbeitern, die bei einem berufsständischen Arbeitgeber beschäftigt sind, diese Vorteile für ihre eigene, private Vorsorge anbieten.

1.6 Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Unsere aktuellen Tarife bieten erweiterte und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente	– die flexible Rentenversicherung
ds:Rente Plus	– die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung
ds:Basis	– die neue Basisrente
ds:BU	– die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung
ds:RiBU	– die Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
ds:bAV	– die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung

Die steuerlichen Förderungen nach dem Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz können genutzt werden. Die Rahmenbedingungen einer zusätzlichen Basisrente sind insbesondere für Selbständige attraktiv.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebenserwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird immer wichtiger.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung. Dabei kann auch das Rentenbeginnalter flexibel gestaltet werden.

Wir rechnen mit einem weiteren Zugang an Versicherten und einer Steigerung des Versicherungsbestandes.

Bonn, den 15. April 2010

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann


2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2009 Euro	2008 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				197.641,50	189.426,50
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			13.855.482,05		14.665.952,06
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	108.644.457,83				118.644.366,06
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	252.217.100,00				235.839.750,00
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	191.299,32				262.627,19
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	260.336.850,00				219.358.559,41
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	128.471.000,00	388.807.850,00			122.471.000,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	11.200.000,00	761.060.707,15			29.500.000,00
				774.916.189,20	740.742.254,72
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			232.830,57		234.093,13
II. Sonstige Forderungen			69.356,73		22.068,48
				302.187,30	256.161,61
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen			89.683,00		84.535,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand			2.562.180,81		3.292.277,03
III. Andere Vermögensgegenstände			4.572.448,92		4.139.435,12
				7.224.312,73	7.516.247,15
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen			15.192.175,65		14.201.098,95
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			242.754,16		278.279,16
				15.434.929,81	14.479.378,11
F. Aktive latente Steuern				448.497,00	402.907,00
Summe der Aktiva				798.523.757,54	763.586.375,09

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 15. April 2010


Hans Theo Laufenberg, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2009 Euro	2008 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			9.400.000,00	8.800.000,00
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.000.000,00	7.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		4.172.696,53		4.264.355,75
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	757.093.520,00			722.796.710,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	83.074.954,00	674.018.566,00		83.175.401,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	915.820,50			1.919.096,42
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	363.503,00	552.317,50		924.839,04
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		18.988.556,02		18.215.286,85
			697.732.136,05	663.095.208,98
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		93.678,00		83.821,00
II. Steuerrückstellungen		9.000,00		329.000,00
III. Sonstige Rückstellungen		297.656,05		234.139,37
			400.334,05	646.960,37
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			83.074.954,00	83.175.401,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		104.511,27		72.078,50
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		513.501,01		509.821,35
III. Sonstige Verbindlichkeiten		286.439,10		275.022,83
davon:				
aus Steuern	20.695,99 Euro			
(im Vorjahr 38.439,21 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			904.451,38	856.922,68
G. Rechnungsabgrenzungsposten			11.882,06	11.882,06
Summe der Passiva			798.523.757,54	763.586.375,09

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 26. Januar 2010 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 15. April 2010

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

			2009	2008
	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	33.276.368,83			33.435.099,98
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	120.341,58	33.156.027,25		1.596.406,14
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		91.659,22	33.247.686,47	133.064,68
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			1.224.788,00	1.302.233,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.242.355,11			1.309.672,96
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	32.392.905,76	33.635.260,87		29.541.332,09
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.060.471,43	35.695.732,30	368.907,64
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	28.009.187,41			23.913.188,06
bb) Anteil der Rückversicherer	1.456.087,00	26.553.100,41		1.169.968,42
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	./. 1.003.275,92			./. 257.054,14
bb) Anteil der Rückversicherer	./. 561.336,04	./. 441.939,88	26.111.160,53	58.952,22
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		34.296.810,00		36.802.783,00
bb) Anteil der Rückversicherer		./. 100.447,00	34.397.257,00	1.547.324,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			2.734.228,80	775.476,95
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	832.111,46			695.058,89
b) Verwaltungsaufwendungen	718.066,72	1.550.178,18		723.058,34
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
		1.181.359,19	368.818,99	1.265.751,13
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.092.537,31		1.217.859,25
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		900.270,01	1.992.807,32	553.224,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			2.930.158,62	2.896.458,76
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.633.775,51	1.215.846,87
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		14.432,46		43.392,91
2. Sonstige Aufwendungen		802.442,90	./. 788.010,44	719.162,78
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			845.765,07	540.077,00
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			245.765,07	140.077,00
5. Jahresüberschuss			600.000,00	400.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			600.000,00	400.000,00
7. Bilanzgewinn			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341 b Abs. 2 HGB).

Diese Zuordnung war vorsorglich für die Inhaberschuldverschreibungen sowie für die Investmentfonds vorgenommen worden, die weit überwiegend festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

Bei festverzinslichen Wertpapieren kann im Fall von steigenden Kapitalmarktzinsen und damit verbundenen sinkenden Kursen davon ausgegangen werden, dass eine Wertminderung unterhalb des Nennwerts nicht dauerhaft ist, weil die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Dies gilt entsprechend im Fall von steigenden Risikoaufschlägen, sofern eine ausreichende Bonität des Schuldners zugrunde gelegt werden kann.

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2008	189.426,50 €
Zugänge	89.202,75 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	80.987,75 €
Bestand am 31.12.2009	197.641,50 €

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 20 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2009

	Bilanzwert Euro	Zeitwert Euro
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	13.855.482,05	13.590.000,00
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	108.644.457,83	111.194.203,05
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	252.217.100,00	256.190.866,00
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	191.299,32	191.299,32
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	260.336.850,00	260.498.250,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	128.471.000,00	124.626.700,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	11.200.000,00	11.200.000,00
Summe II.	761.060.707,15	763.901.318,37
Kapitalanlagen insgesamt	774.916.189,20	777.491.318,37

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert und beträgt 774.916.189,20 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 777.491.318,37 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an stillen Reserven von 2.575.129,17 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.

I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 7 Abs. 4 EStG vorgenommen wurden. Nach vorliegenden Wertgutachten aus dem Jahr 2009 beträgt der Zeitwert der Grundstücke 13.590.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 13.855.482,05 €. Die Zeitwerte sind als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.600.000,02 €.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 763.901.318,37 € gegenüber einem Bilanzwert von 761.060.707,15 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschuldforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind ausgewiesen:

Investmentanteile	108.644.457,83 €
-------------------	------------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 111.194.203,05 €. Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 2.549.745,22 €.

Es waren keine Abschreibungen erforderlich. Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB wurden nicht vorgenommen.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Öffentliche Anleihen, Anleihen von supranationalen und ähnlichen Einrichtungen	127.186.600,00 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	83.560.850,00 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	41.469.650,00 €
	252.217.100,00 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 256.190.866,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 3.321.734,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 7.295.500,00 €.

Abschreibungen wurden in Höhe von 89.800,00 € vorgenommen. Es wurden keine Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	260.336.850,00 €
b) Schuldscheinforderungen	128.471.000,00 €
	388.807.850,00 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet.

Der Zeitwert beträgt 385.124.950,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 12.157.300,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 8.474.400,00 €.

5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 11.200.000,00 €, die überwiegend zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden 207.342,36 € im ersten Quartal 2010 ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear entsprechend den steuerlichen Vorschriften. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 150,00 € sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 4.531.835,00 € ausgewiesen, die erst am 1. Januar 2010 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2009 entfallen, aber erst 2010 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es war ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt worden. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst.

F. Aktive latente Steuern

Die ausgewiesenen aktiven latenten Steuern beruhen auf ausschüttungsgleichen Erträgen der Investmentfonds. Bei den ausschüttungsgleichen Erträgen handelt es sich um thesaurierte Erträge – insbesondere Zinsen – der Investmentfonds, die bereits zu versteuern sind bzw. waren. Bei einer späteren Ausschüttung sind diese Kapitalerträge dann steuerfrei. Die darauf entfallende latente Steuer wurde mit insgesamt 30 % hiervon ermittelt.

Die latenten Steuern erhöhten sich im Geschäftsjahr um 45.590,00 €. Dieser Betrag wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Steueraufwand verrechnet.

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2009

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Um- buchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Software	189	89				81	197
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	14.667					810	13.857
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	118.644			10.000			108.644
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	235.840	54.649		38.182		90	252.217
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	262			71			191
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	219.358	73.000		32.021			260.337
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	122.471	6.000					128.471
5. Einlagen bei Kreditinstituten	29.500	59.200		77.500			11.200
6. Summe B II.	726.075	192.849		157.774		90	761.060
Insgesamt	740.931	192.938		157.774		981	775.114

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 600.000,00 € auf 9.400.000,00 € erhöht.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mehr als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2010 entfallenden Beitragsanteile wurden als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2009 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2008	722.796.710,00 €	83.175.401,00 €	639.621.309,00 €
Zuführung	34.296.810,00 €	./ 100.447,00 €	34.397.257,00 €
Stand am 31.12.2009	757.093.520,00 €	83.074.954,00 €	674.018.566,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 83.074.954,00 € (im Vorjahr 83.175.401,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Dabei darf der erreichte Verstärkungsgrad den geschäftsplanmäßig vorgegebenen Mindeststand nicht unterschreiten. Zum 31. Dezember 2009 beträgt die Verstärkung 63,3 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den ursprünglichen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung (im Vorjahr 60,2 %).

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden seit dem Jahr 2007 in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahr-

scheinlichkeiten und Anpassungen der künftigen Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen.

Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %. Eine Vergleichsrechnung zeigt, dass der Betrag der in die Bilanz für diese Versicherungen – einschließlich der bisherigen Verstärkungen – eingestellten Deckungsrückstellung bereits höher ist als der Betrag einer mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % berechneten Deckungsrückstellung wäre.

Für den ab dem 1. Januar 1997 geltenden „**Tarif 2000**“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31. Dezember 2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Für den ab dem 1. Januar 2002 geltenden „**Tarif 2000 plus**“ und den ab dem 1. Januar 2004 geltenden „**Tarif 04 plus**“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „**Tarif 2000 plus**“ bzw. 2,75 % für den „**Tarif 04 plus**“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für den Neuzugang an Rentenversicherungen nach dem „**Tarif 2005**“ in den Jahren 2005 und 2006 bzw. nach dem „**Tarif 2007**“ im Jahr 2007 und dem „**Tarif 2008**“ ab dem Jahr 2008 werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafeln DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 % für den „**Tarif 2005**“ bzw. 2,25 % für den „**Tarif 2007**“ und den „**Tarif 2008**“.

Bei den Risikoversicherungen werden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafeln DAV 1994 T* mit dem für den Tarif jeweils geltenden Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % oder 2,25 % angewendet.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital, bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2008	18.215.286,85 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.960.959,63 €
Zwischensumme	16.254.327,22 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	2.734.228,80 €
Stand am 31.12.2009	18.988.556,02 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung setzt sich zum 31. Dezember 2009 aus folgenden Teilen zusammen:

1. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	
- gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	280.639,00 €
- gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	730.905,00 €
2. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	
- gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	833.054,00 €
3. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	
- gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	85.000,00 €
4. Teil des Schlussüberschussanteilfonds für die Finanzierung von Gewinnrenten in Form von Leistungszuschlägen	5.220.591,00 €
5. Teil des Schlussüberschussanteilfonds für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen	8.457.629,00 €
6. ungebundener Teil	3.380.738,02 €
Insgesamt	18.988.556,02 €

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Die Rechnungsgrundlagen wurden unter Berücksichtigung von Erwartungswerten aus den Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung abgeleitet. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 4,5 % vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG gebildet. Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von K. Heubeck und ein Rechnungszins von 6,0 % verwendet.

II. Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen betreffen die Gewerbesteuer.

III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und für Instandhaltungskosten.

E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 513.501,01 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 363.503,00 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3 b RechVersV beträgt 1.855.321,57 €.

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2009 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 20.695,99 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2009 entfallen, aber erst in 2010 fällig sind.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
Laufende Beiträge	31.289.942,88 €	31.895.748,52 €
Einmalbeiträge	1.986.425,95 €	1.539.351,46 €
Gebuchte Bruttobeiträge	33.276.368,83 €	33.435.099,98 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von 120.341,58 € (im Vorjahr 1.596.406,14 €) waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten. Dieser Betrag ergibt sich gemäß § 37 RechVersV aus den vertraglichen Rückversicherungsbeiträgen in Höhe von 6.760.344,58 € (im Vorjahr 7.052.395,14 €) vermindert um die vom Rückversicherer erhaltenen Portefeuille-Austrittsbeiträge von 6.640.003,00 € (im Vorjahr 5.455.989,00 €).

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung von Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 1.224.788,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war. Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2009	2008
a) Erträge aus Grundstücken	1.242.355,11 €	1.309.672,96 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	32.392.905,76 €	29.541.332,09 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.060.471,43 €	368.907,64 €
	35.695.732,30 €	31.219.912,69 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich in Höhe von 2.022.021,43 € aus dem Verkauf von Wertpapieren und der Rückgabe von Investmentanteilen.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2009	2008
Laufende Renten	18.541.273,77 €	16.745.578,01 €
Rückvergütungen	23.339,36 €	45.878,01 €
Kapitalabfindungen	9.244.397,00 €	7.002.450,10 €
Regulierungsaufwendungen	200.177,28 €	119.281,94 €
	28.009.187,41 €	23.913.188,06 €
Anteile des Rückversicherers	1.456.087,00 €	1.169.968,42 €
	26.553.100,41 €	22.743.219,64 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen war, setzt sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
a) Bruttobetrag	34.296.810,00 €	36.802.783,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	./ 100.447,00 €	1.547.324,00 €
Nettozuführung	34.397.257,00 €	35.255.459,00 €

Von der Zuführung in 2009 entfallen 8.404.973,00 € auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 265.276,00 € auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen in neueren Tarifen.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen (Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung). Im Geschäftsjahr sind dies 2.734.228,80 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 775.476,95 €.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
a) Abschlussaufwendungen	832.111,46 €	695.058,89 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	718.066,72 €	723.058,34 €
	1.550.178,18 €	1.418.117,23 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.181.359,19 € (im Vorjahr 1.265.751,13 €) ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
a) Anwendungen für		
Grundstücke	621.405,99 €	799.182,87 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	471.131,32 €	418.676,38 €
	1.092.537,31 €	1.217.859,25 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	341.374,00 €	341.374,00 €
Grundstücke außerplanmäßig	469.096,01 €	0,00 €
Wertpapiere	89.800,00 €	211.850,00 €
	900.270,01 €	553.224,00 €
	1.992.807,32 €	1.771.083,25 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich ausschließlich um rechnungsmäßige Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position E der Passiva).

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 12.674,03 € enthalten.

2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 300.288,85 €. Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für Vertreterversammlung und Aufsichtsrat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für die interne Revision, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 490.525,00 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten, wobei davon 35.525,00 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen. Weitere Zinsaufwendungen in Höhe von 11.629,05 € betreffen den Ausgleich der Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, den Zinsanteil aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung sowie übrige Zinsaufwendungen.

4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer	115.489,00 €
Solidaritätszuschlag	6.711,07 €
Gewerbesteuer	169.155,00 €
	291.355,07 €
abzgl. Beträge aus der Erhöhung von aktiven latenten Steuern	45.590,00 €
	245.765,07 €

5. und 6. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 600.000,00 € vorgenommen.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können – mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) – sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr TsdEuro	Geschäftsjahr TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	654	660
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	105	109
5. Aufwendungen für Altersversorgung	27	27
Summe	786	796

3.3.3 Angaben zum Abschlussprüfer

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr ist bestellt:

Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt 39.561,55 € zzgl. Spesen. Davon entfallen 29.750,00 € auf Abschlussprüfungsleistungen und 9.811,55 € auf Steuerberatungsleistungen.

Sonstige Leistungen wurden von der Susat GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die interne Revision erbracht. Das hierfür berechnete Honorar beläuft sich auf 14.254,42 €.

3.3.4 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen	(Vorsitzender)
Franz Bausch, StB, Freiburg	(stv. Vorsitzender)
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg	

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 85.680,00 € und für die Mitglieder des Vorstandes 275.794,82 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.5 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 10 Arbeitnehmer, davon ein Arbeitnehmer in Elternzeit.

Bonn, den 15. April 2010

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2009

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten Euro
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	3.822	2.997	1.067	222	15.374.456,48
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	41	107	115	31	2.103.249,64
2. sonstiger Zugang	1	–	–	–	620,64
3. gesamter Zugang	42	107	115	31	2.103.870,28
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	8	2	22	5	332.261,80
2. Beginn der Altersrente	110	27	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	5	3	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	1	–	25.224,36
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	45	19	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	2	2	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	–	1	–	78.619,40
8. gesamter Abgang	170	53	24	5	436.105,56
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.694	3.051	1.158	248	17.042.221,20
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	421	345			
2. in Rückdeckung gegeben	2.131	868	–	–	–

Hinterbliebenenrenten				Summe der Jahresrenten		
	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro
	324	2	44	1.835.036,88	11.470,48	103.849,60
	25	1	4	197.398,76	461,28	25.601,76
	–	–	–	111,60	14,52	9,24
	25	1	4	197.510,36	475,80	25.611,00
	8	–	–	35.793,48	–	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	8	–	–	18.590,00
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	8	–	8	35.793,48	–	18.590,00
	341	3	40	1.996.753,76	11.946,28	110.870,60
	–	–	–	–	–	–

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2009

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	43	6.180.258,00
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	1	100.000,00
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	1	100.000,00
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	–	–
3. Storno	–	–	–	–
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	–	–
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	44	6.280.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	44	4.212.758,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	41	10.867
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	41	10.865
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	41	8.075

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“),
 - a) die im Jahr 2010 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 8,25 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.
 - b) bei denen ein vorzeitiger Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2012 während der beitragspflichtigen Zeit eingetreten ist, werden im Jahr 2011 zusätzlich zu den versicherten Berufsunfähigkeitsleistungen bzw. den versicherten Hinterbliebenenleistungen laufende Leistungszuschläge gezahlt, die auf Grundlage der durch die vorherige Überschussverwendung erreichten Erhöhung der Altersrente – jeweils mit dem entsprechenden Verhältnis der versicherten Leistung zur versicherten Altersrente – bestimmt werden.
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2009 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die versicherten Renten für im Januar 2009 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2009 beitragspflichtig waren, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 30 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2010 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2010 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 1,5 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2009 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die versicherten Renten um 0,75 % erhöht; für im Januar 2009 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2009 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2009 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2009 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2010 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „**Tarif 04 plus**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

a) die im Dezember 2009 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die versicherten Renten um 1,25 % erhöht; für im Januar 2009 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2009 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2009 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2009 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2010 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „**ds:Rente**“, „**ds:Rente Plus**“, „**ds:bAV**“ und „**ds:Basis**“, jeweils nach dem „**Tarif 2005**“, dem „**Tarif 2007**“ oder dem „**Tarif 2008**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

a) die im Dezember 2009 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die versicherten Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,50 % bzw. im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ um 2,00 % erhöht; für im Januar 2009 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2009 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 2,00 % im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2009 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 2,00 % im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2009 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2009 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2010 verwendet.

c) die im Dezember 2009 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die laufenden Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,75 % bzw. im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ um 2,25 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles in den Jahren 2010 oder 2011 eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der **eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung** nach „**Tarif 2000**“, „**Tarif 2000 plus**“ oder „**Tarif 04 plus**“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „**ds:BU**“

werden im Jahr 2011 (wie im Jahr 2010) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „**Tarif RiBUZ**“ oder „**Tarif 04 RiBUZ**“ sowie bei den Versicherungen „**ds:RiBU**“

werden im Jahr 2011 (wie im Jahr 2010) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

8. Bei Versicherungen nach den **unter Nummer 1 bis 5 genannten Tarifen**, aus denen im Jahr 2010 Kapitalabfindungen, Altersrenten, Hinterbliebenenleistungen, Rückvergütungen oder Übertragungswerte gezahlt werden,

wird eine Zuteilung zur Beteiligung an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen vorgenommen, indem im Jahr 2010 zusätzlich zu den Versicherungsleistungen ein Bewertungsüberschussanteil von 0,2 % der Versicherungsleistung des Jahres 2010 gezahlt wird.

Für die Berechnung des Bewertungsüberschussanteils wird die vorgenannte Versicherungsleistung ohne einen etwaigen Schlussüberschussanteil nach Nummer 1 Buchstabe a oder Nummer 2 bestimmt.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Steuerberater-Versicherung Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Versicherungsvereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versicherungsvereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versicherungsvereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versicherungsvereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 26. April 2010

Susat & Partner oHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Schlüter
Wirtschaftsprüfer

gez. Dr. Esser
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Gemäß § 10 Abs. 5 Satz 3 der Satzung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Ergebnisverwendung des Jahresüberschusses zu prüfen. Dieser Aufgabe ist der Aufsichtsrat nachgekommen.

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2009 seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen umfassend wahrgenommen.

Hierzu haben 6 Sitzungen stattgefunden, in denen der Vorstand nach schriftlicher Vorbereitung eingehend berichtet hat.

Die Berichte betrafen insbesondere:

- Bestandsentwicklungen und Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Risikomanagement
- Werbung und Beirat
- Strukturreform des Versorgungsausgleichs
- Rentenbezugsmitteilungen

Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand Berichte und Statistiken vorgelegt und darüber hinaus hat sich der Aufsichtsratsvorsitzende regelmäßig über die Geschäftslage berichten lassen. Die Protokolle der Anlageausschusssitzungen der drei Spezialfonds wurden von dem Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Entscheidungen des Aufsichtsrates lagen in folgenden Bereichen:

- Kapitalanlagen

Der Aufsichtsrat hat sich laufend davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand die Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Es wurden Anpassungen der Kapitalanlage-Richtlinie im Hinblick auf die Zulässigkeit von einfach strukturierten Produkten zur Renditesteigerung vorgenommen. Außerdem wurden die Streuungs- und Mischungsquoten in der Kapitalanlage-Richtlinie dem Marktumfeld angepasst.

- Risikomanagement

Im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat sich der Vorstand eingehend mit der Risikosteuerung befasst und die Risikostrategie weiterentwickelt. Die Aufbauorganisation wurde angepasst und die Funktion einer internen Revision wurde eingeführt. Die bereits im Jahre 2008 geplanten Maßnahmen zum Risikocontrolling mit externer Unterstützung wurden umgesetzt. Dazu hat der Vorstand mit einem externen Dienstleister einen Vertrag über Dienstleistungen, Berichtswesen und Überwachungsprozesse zur Unterstützung des Risikomanagements geschlossen.

- Werbung und Beirat

Auf Anregung der Vertreterversammlung im Jahre 2008 hatte der Aufsichtsrat einen Werbeausschuss einberufen, der in zwei Sitzungen bei dem Entwurf eines neuen Werbekonzeptes mitwirkte. Das neue Konzept wurde der Vertreterversammlung am 20. Juni 2009 vorgestellt. Bereits in der zweiten Jahreshälfte wurde dann mit dem neuen Konzept begonnen. Es wird im Jahre 2010 weiter fortgeführt.

Die Vertreterversammlung hatte außerdem dem Plan zugestimmt, zur Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand, einen Beirat einzurichten. Aufsichtsrat und Vorstand haben alle Maßnahmen und Vorbereitungen getroffen, dass der Vertreterversammlung am 19. Juni 2010 ein beschlussfähiges Konzept vorgestellt werden kann.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 wurden von Susat & Partner oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur Kenntnis genommen und erhebt gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuarverordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2009 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 26. April 2010
Für den Aufsichtsrat



Hans-Adolf Neu
Vorsitzender

8 ORGANE

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Mitgliedervertreter:

Klaus Axmann, StB
 Jutta Barth, StB/vBP
 Werner Billgow, StB/WP
 Dr. Joachim Dalmer, StB
 Klaus Decker, StB
 Wolfgang Dieterle, StB/vBP
 Hans Fellhauer, StB
 Michaele Hagen, StB
 Jürgen Knatz, StB/WP/RB
 Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB
 Rainer Martens, StB
 Renate Nopitsch, StB/RB

Edwin Frh. von Podewils, StB/WP/RB
 Dieter Prinz, StB/WP
 Hansjörg Reiter, StB/vBP
 Ute Sahm, StB
 Matthias Sand, StB
 Dr. Hartmut L. Schwab, StB
 Ulrich Thiemann, StB
 Jakob Trimborn, StB
 Werner Welsch, StB/WP

Wahlkreis:

Thüringen
 Niedersachsen
 Hamburg
 Mecklenburg-Vorpommern
 Bremen
 Stuttgart
 Nordbaden ab 01.04.2010
 Sachsen-Anhalt
 Westfalen-Lippe
 Hessen
 Schleswig-Holstein
 Nürnberg
 Sachsen
 Südbaden
 Köln
 Nordbaden bis 31.03.2010
 Berlin
 Brandenburg
 München
 Rheinland-Pfalz
 Düsseldorf
 Saarland

Aufsichtsrat:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vors.)
 Franz Bausch, StB, Freiburg (stv. Vors.)
 Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg

Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn
 Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Treuhänder:

Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim
 Stephanie Goßen, StB, Meckenheim (stv.)

TELEFONISCHE AUSKÜNFTE:

0228/98 21 3-0

Mo-Do: 8-17 Uhr und Fr: 8-13 Uhr

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN:

Fax 0228/98 21 3-11

info@ds-versicherung.de

SERVICES & INFORMATIONEN:

www.ds-versicherung.de